

Altersarmut – Panikmache oder schon traurige Realität



Leserbrief

Geschrieben von: Kerstin Huch

Montag, den 25. April 2011 um 11:32 Uhr

Am 19. April lud der Verband Volkssolidarität zu einem sozialpolitischen Fachgespräch zum Thema: „Altersarmut verhindern – Wege und Perspektiven“ nach Berlin ein

Der Einladung waren Mitarbeiter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Vertreter von Sozialverbänden und des DGB gefolgt. Eine Frage, die im Mittelpunkt der Diskussion stand: Worin liegen mögliche Ursachen entstehender Armut im Alter?

In der Ursachenanalyse war man sich unter den Teilnehmern weitestgehend einig. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Volkssolidarität, Professor Dr. Gunnar Winkler, nannte einige der Ursachen: Insbesondere der radikale Umbau der Leistungssysteme, unterbrochene Erwerbsbiografien durch Langzeitarbeitslosigkeit und die ständige Zunahme des Niedriglohnssektors tragen dazu bei, dass Altersarmut immer mehr in den Focus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit rückt. Zahlen und Fakten belegen dies.

Laut Statistischem Bundesamt gilt als „arm“, wer monatlich weniger als 743,- Euro Nettoeinkommen hat. Die Zahl derjenigen Personen, die dies betrifft, nimmt ständig zu. Dieser Trend wird sich fortsetzen, erst recht, wenn das Rentenniveau, wie von der Bundesregierung geplant, bis zum Jahre 2030 gesenkt wird.

Um einer drohenden Armut im Alter entgegenwirken zu können, ist es unabdingbar, dass sich Sozialverbände, wie die Volkssolidarität und der Sozialverband Deutschland gemeinsam mit dem DGB im „Netzwerk für eine gerechte Rente“ gegenüber den politisch Verantwortlichen dafür einsetzen, die faktische Rentenkürzung zu stoppen. Es wird gegenwärtig in Fachgremien schon verschiedene Modelle diskutiert, mit denen dies möglich ist.

Fazit dieses Treffens: Altersarmut ist eine tickende rentenpolitische Zeitbombe. Ihre Explosion kann nur verhindert werden, wenn durch gemeinsames Agieren der Sozialverbände eine Umkehr in der gegenwärtigen Sozialpolitik erzwungen wird. Rente muss eine Lohnersatzleistung auf lebendstandardsicherndem Niveau sein und bleiben.

Kerstin Huch

Vorsitzende Volkssolidarität Brandenburg an der Havel

Teilen

Empfehlen

1

Share

my Share



Tags: [volkssolidarität](#) [dgb](#) [sozialverbände](#) [altersarmut](#) [armut](#) [vorsitzende](#) [drohenden](#) [entgegenwirken](#) [Kerstin Huch](#)

[Kommentar schreiben](#)Heider Heydrich - **Dipl. Ing.**

|27-04-2011 11:50:30

Die großen Sozialverbände klagen mit Recht über die Armut, doch deren Konzepte zur Überwindung des Armut-Trends sind höflich ausgedrückt Scheinlösungen. Deutschland ist das einzige Land Europas, welches ein soziales Zwei-Klassensystem hat. Der Weg aus der zunehmenden Armut ist in erster Linie zu erreichen - und da geht kein Weg dran vorbei - , wenn alle Bürger aus allen Einkommensquellen Sozialabgaben zahlen, auch die Beamten, Selbständigen und Parlamentarier. In der Rentenphase gibt es dann eine Mindestrente und eine Höchstrente. Da die Entscheidung über einen derartigen Paradigmenwechsel jedoch von meist beamteten Parlamentariern getroffen werden, wird dieses Konzept aus Eigennutzgründen nicht verfolgt. Wer wie unser Fachverband der Betriebsentner e. V. täglich mit der Armut konfrontiert ist, für den wird es zur Gewissheit, dass selbst der träge Deutsche eines Tages wieder auf die Straße gehen wird. Eine bittere Erkenntnis nach aller wohl bekannten Erfahrung aus der Geschichte unseres Landes.

Vorsitzender des Fachverbandes

Betriebsentner e. V.

[Antworten](#) | [Zitat](#)

0

0

[Weiter >](#)